

Verantwortl. Redakteur: J. B. D. Köhler in Stettin.
Dr. Legier und Drucker: A. Graßmann in Stettin, Kirchplatz 8-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk.
vierteljährlich.

Anzeigen: die Beträge über deren Raum im Morgenblatt
15 Pf., im Abendblatt und Meßmann 80 Pf.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Dienstag, 1 Oktober 1889.

Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 8.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren
Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler,
G. L. Daube, Invalidentank. Berlin Bernh. Arndt, Max
Gerstmann, Otto Thiele, Elberfeld W. Thienes, Greis-
wald G. Illies, Halle a. S. Jul. Barck & Co. Hamburg
Heinr. Eisler, Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens.
Kopenhagen Aug. J. Wolf & Co.

Die Preisvertheilung in Paris.

Paris, 30. September.

Während ich diese Zeilen schreibe, verläßt man noch im Industrie-Palast von einer Kasse an Kopf in festlichem Gewande stehenden Menge die Belohnungen der Ausstellung. Ein Regen von goldenen und silbernen Medaillen ergießt sich über die ehrenvollen Aussteller, welche vielleicht manchmal selbst nicht wissen, wie sie dazu gekommen, aber viel häufiger wohl noch, wie sie nicht dazu gekommen sind. Die überreichen Prämien sind verteilt worden, deren Maß aber noch lange nicht auf der Höhe der überreichen Leistungen gestanden. Erwartete doch der Kleinwuchs im Pavillon der Presse, daß er das violette Bändchen (der Unteroffiziers) oder die akademische Palme (der Mitglieder des Instituts) bekommen würde wegen seiner Verdienste nicht um das Essen, sondern um die verschiedenen einheimischen und fremden Pressen. Als diese Klusion geschwunden war, sind die Preisstücke immer kleiner, der sogenannte Preis-Champagner, eine Anfangs ganz trinkbare Tisane, immer äpfelweinsüßlicher und das Bier wässriger geworden. Schon war der erste musikalische Ansturm eines Monsieur-Drehters vorüber, als ich die mächtigen Räume des Industrie-Palastes betrat. Man fängt hier in Frankreich an, von einer erschreckenden Buntlichkeit zu werden. Um Schlag zwei Uhr wurden die Thüren geschlossen, und alles Bitten und Betteln um Einlass half nichts. Nur ganz Eingeweihte gelang es, noch durch ein Schlupflüchlein einzudringen. Der Publikus war prächtig. In der ganzen Länge des mächtigen, in seinem Ausstellungsplan hier verschiedentlich, beschriebenen Industrie-Palastes war ein Gang für die lange Reihe der prämierten Aussteller freigelassen. Der Zug bewegte sich von der Schmalseite des Palastes die nach den oberen Räumen führende Treppentreppe herunter und durch diese Gasse bei der Tribüne des Präsidenten vorbei. Jede Ausstellungsgruppe trug ein Banner oder eine Fahne, jede der fremden meist in der Landesfarbe. Ich brauche hier nicht erst zu bemerken, daß ein unerwarteter Jubel sich ergab, als die russischen Farben sich zeigten. Aber auch die italienischen Fahnen wurden trotz allem und allem mit Hochrufen begrüßt. Die Fahnenträger, vor dem stehenden Präsidenten der Republik angekommen, neigten tief ihre Embleme, und dieser dankte für die in seiner Person der Republik erwiesene Danksagung durch ein Neigen des Kopfes. Der arme Herr Carnot dürfte heute sein Gesicht fassen. Und nun kommen hier, die himmelblauen und rosafarbenen Banner, und dem stattlichen Zuge voran schreitet ein ganz kleiner Mann mit wallendem Bart und freundlich lächelnden Augen, von Allen bejubelt und ehrfurchtsvoll begrüßt, wie dessen kein König sich mehr rühmen kann, und über des Präsidenten Gesicht zuckt es wie Wetterleuchten der Begeisterung, und er wandt nicht mehr durch ein bloßes Nicken des Kopfes, sondern er streckt dem Vorübergehenden seine Arme entgegen, und ich glaube, wenn er nicht einige Meter höher gestanden, er hätte den kleinen Mann, der sich artig vor ihm verneigte, umarmt. Es war die Kunst der Welt, die da vorüberfuhr, und der kleine große Mann war **Daubigny**. Dieser Jubel der Menge war ein herzerquickender. Neben mir stand begeistert ein deutscher Kollege. Dann verfinsterte sich plötzlich sein Gesicht, und er sagte mir mit einem bitteren Tone in der Stimme: „Ich kenne ein Land, wo man die Kunst nicht so ehrt“. Mein Herr Kollege meinte wahrscheinlich Belgien.

Ein besonderes Gepräge erhielt der Zug durch die fremden Kostüme, die sich innerhalb derselben in ihren malerischen Trachten bewegten, und durch die hier und da eingeschwenkten Militärformationen, welche natürlich auch ihr gut Teil Beifall einheimten. Während des Vorübergehens fanden die mächtigen Choralmassen, von dem Monsieur-Drehter begleitet, einen **Hymnus**. Die letzte Fahne hatte sich dem Bannern auf dem Podium, welches für die Aufzählung der Delegationen errichtet worden war, beigesellt, der letzte Ton des Hymnus war verklungen, als sich Herr Carnot erhob und unter lauter Stille der etwa 30,000 Zuhörer mit weit-überhörender Stimme seine Rede verlas:

Der Präsident dankte den Ausstellern und sprach die Hoffnung aus, daß die Ausstellung von 1889 für Frankreich eine Ära der Verklärung eröffnen werde, und daß die Götter Frankreichs, welche dieses lernen gelernt, in ihre Heimath aufgeschüttet werden würden, die nicht ohne Wirkung auf die Beziehungen zwischen den Völkern bleiben könnten. So würde die Politik, welcher Frankreich treu bleibe, neue Vertheilungen gefunden und die Ausstellung einer großen Sache: dem Frieden und der Humanität, gedient haben.

Die Rede wurde mehrfach durch begeisterte Beifallsstürme unterbrochen, am Schluß aber dem Präsidenten die Republik eine sich mehrfach wiederholende Ovation dargebracht. Man schreute die Hölle, man rief: „**Es lebe Carnot!**“, „**Es lebe die Republik!**“, so daß der Präsident sich immer wieder aus Vorne zum Danken erheben mußte. — Hieran wieder ein Stück Musik, und Herr **Trarab**, der Ministerpräsident, ergab das Wort, blieb aber leider unverstanden. Den Reigen der Medien schloß der Generaldirektor mit Aufzählung der Namen Derjenigen, welche die 93 großen Preise erhalten hatten. Außerdem wurden verliehen 5153 große goldene, 9690 silberne, 4323 bronzenne Medaillen und 8070 ehrenvolle Erwähnungen. Der Minister sprach allen Ausstellern seinen Dank aus und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die fremden Aussteller ein gutes Andenken an Frankreich mitnehmen würden. Frankreich sei von dem Jubel befeuert, mit Jedermann in guter Harmonie zu leben, ohne jedoch irgend etwas von seinen Interessen mit seiner Würde zu opfern.

Am Schluß der Feier war das Gerücht in Umlauf, daß sämtliche Aussteller wie im Jahre 1878, so auch in diesem eine Erinnerungsmedaille erhalten würden. Die heutige Feier ist der Anfang vom Ende dieses großartigen Industrie-Festes, das bis heute noch nicht seine Anziehungskraft verloren hat, denn noch am Freitag betrug die Zahl der Besucher 128,683. (B. T.)

Deutschland.

Berlin, 30. September. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt:

„In ausländischen und zum Theil auch in

deutschen Blättern werden allerhand Konjekturen über bevorstehende Änderungen in den deutschen Botschafterposten verbreitet, welche vollständig aus der Luft gegriffen sind. Es liegt nicht der leiseste Anlaß vor, an die Absicht einer Änderung in diesen Stellen zu glauben.“

Die Frage „Wird die Verjährung der Straftat eines Abgeordneten durch die Sitzung des Reichstages unterbrochen?“ war dem hiesigen Landgericht I. am Montag in zwei Fällen von **Beleidigungen durch die Presse** vorgelegt. Im ersten Falle handelte es sich um eine Beleidigung des Redakteurs der „Frankfurter Zeitung“, Sonnemann, durch den Freiherren von Hammerstein, Redakteur der „Kreuzzeitung“. Die Beleidigung wurde in einem Artikel vom 27. Oktober 1888 gefunden, worin Herr Sonnemann gesagt wurde, daß er zwar seine Glaubensgenossen gegen den Kaiserwiderstand habe, aber selbst, wenn es sich um Kaiserwiderstand handelte, sogar blödsinnige Fiktionen nicht verschone. Das Gericht bejahte entgegen der Vorinstanz die oben genannte Frage und nahm an, daß die Verjährung während der Tagung des Reichstages ruhe. Den Wahrheitsbeweis, der von Seiten der Vertheidigung versucht wurde, sah das Gericht als mißlungen an und verurtheilte den Freiherren von Hammerstein zu 1000 Mark Geldbuße. Im zweiten Falle lag eine Beleidigung desselben Angeklagten gegen Dr. Kayser, den Redakteur der „Post“, vor. In der Nummer vom 4. Oktober 1888 der „Kreuzzeitung“ war gegen die Redaktion der „Post“ gesagt: „Persönliche Verächtlichkeiten werden in der „Post“ bereitwillig aufgenommen; es ist aber unmöglich, in der Redaktion jemand zu finden, der dieselben auch persönlich vertritt. Gegen eine solche feige Erbärmlichkeit einer anonymen Revolverpresse sind anständige Leute völlig wehrlos.“ Auch in diesem Falle hatte die Vorinstanz die Unterbrechung der Verjährung durch die Reichstagsitzung verneint. Das Landgericht entschied in dieser Beziehung wie im ersten Falle, nahm aber an, daß die Beleidigung nicht gegen Dr. Kayser gerichtet gewesen sei, sondern gegen einen anonymen Verfasser; zudem habe zur Zeit des Erscheins des Artikels Dr. Kayser gar nicht verantwortlich gezeichnet, sondern ein gewisser Herr Zelle. Freiherren von Hammerstein wurde also in diesem Falle freigesprochen; die Gerichtskosten wurden dem Kläger auferlegt.

Die Reichsregierung beabsichtigt im Etat für 1890-91 die Erwerbung von Grund und Boden für ein neues Post-Dienstgebäude in Straßburg i. E. zu beantragen. Die Hauptstadt der Reichslande ist der einzige Platz mit dem Sitz einer Ober-Postdirektion im Reich, an welchem ein reichs-eigenes Postgebäude sich nicht befindet. Das Bedürfnis zur Herstellung eines solchen ist wegen der Unzulänglichkeit der von der letztgenannten Behörde, wie von dem Haupt-Postamt und dem Telegraphenamt benutzten Miethsräume, für welche ein passender Ersatz in Miethswege nicht zu beschaffen ist, seit Jahren empfunden worden, jetzt aber in Folge des fortschreitenden Aufschwunges des Geschäftslebens in Straßburg und der damit verbundenen erheblichen Zunahme des Post- und Telegraphenverkehrs daselbst so dringend hervorgerufen, daß die baldige Abstellung der Uebelstände gefordert werden muß. — Die künftige Erwerbung des deutsch-saarländischen Telegraphenbureaus wird, wie bekannt, von der Reichsregierung seit längerer Zeit betrieben. Schon im Jahre 1879 ist auf Grund einer Vereinbarung mit der norwegischen Telegraphen-Verwaltung eine unmittelbare Telegraphenverbindung mittelst unterirdischen dreidrähtigen Kabels von Hoyer nach Arendal hergestellt worden. Eine Aktien-Gesellschaft hatte vertragsgemäß die Leitung und Unterhaltung des deutsch-norwegischen Kabels übernommen. Die Reichsregierung hatte sich das Recht der künftigen Erwerbung des Kabels mit Ablauf eines jeden Geschäftsjahres der Gesellschaft nach vorangegangener dreimonatlicher Kündigung vorbehalten. Die Reichs-Postverwaltung hält jetzt den Augenblick, diesen Plan auszuführen, für geeignet. — Es verläutert ferner, daß der Etat der Reichs-Post- und Telegraphenverwaltung auch für das nächste Jahr einen ansehnlichen Ueberschuß aufzuweisen haben wird.

Wie wir schon vor längerer Zeit mittheilen konnten, hatte die Bielefelder Handelskammer beim Reichsjustizamt eine Petition eingereicht, die sich auf die Herbeiführung einer größeren Publizität der Namen der einen Dfse-Vertragsgesellschaft ablegenden Schuldner bezog. Der damalige Staatssekretär im Reichsjustizamt Dr. v. Schelling hatte hierauf erwidert, daß es in Aussicht genommen sei, die Angelegenheit bei einer demnächstigen Revision der Zivilprozeßordnung zu regeln. Die Bielefelder Vorschläge bezogen sich auf die Herbeiführung der größeren Publizität bei und nach der Einseilung. Die Handelskammer für Ostpreußen und Posen nun, die den Standpunkt vertritt, daß ähnlich wie das Ablegen einer Seereklamation durch die Befragung eines bestimmten Schiffes vorher bekannt gemacht wird, so auch vorher bekannt gemacht werden müßte, wann und von wem ein Offenbarungseid geleistet werden sollte, hatte geglaubt, in diesem Sinne auch noch wohl vor der Revision der Zivilprozeßordnung eine entsprechende Maßnahme erwirken zu können und daß dieserhalb bei dem Justizminister eine Eingabe eingereicht. Der Justizminister hat der Handelskammer jedoch geantwortet, daß er Bedenken tragen müßte, die Gerichte mit einer entsprechenden Anweisung zu versehen.

Die von den Sozialdemokraten bereits als feststehend verkündete **Volksabstimmung** über das **Schweizerische Gesetz** betreffend die Errichtung einer **Bundesanwaltschaft** wird nun doch nicht stattfinden. Die Frist behufs Einreichung eines hierauf bezüglichen Verlangens ist am Freitag abgelaufen; aber statt der 50,000 Stimmen, welche die „Genossen“ zusammenzubringen sich anheischig machten, sind nicht viel über 20,000 Unterschriften gesammelt worden, so daß also das Minimum von 25,000, welches nach der Schweizerischen Verfassung nötig ist, um das „Referendum“ herbeizuführen, nicht erreicht wurde. Die Schweiz hat also ihren Bundesanwaltschaft nun nicht abgewartet werden müssen, in welcher Weise der Schweizer Bundesrath diese neue Institution benutzen wird, um die arg diskreditirte eidgenössische Polizei, namentlich die Amtszüchter gegenüber, wieder zur rechten Geltung zu bringen.

Die Sozialdemokraten blicken mit Anzügen auf den neuen, von ihnen geschilderten Beamten, den sie Bundesrath nennen, sie jammern über den Niedergang der politischen Freiheit in der Schweiz. Man befürchtet, so läßt sich eine Zuspitzung an den „Grünländer“ aus, dies sei der Anfang vom Ende der Schweiz als unabhängiger Staat. Früher konnte man noch mit Stolz auf das freieste Land der Welt hinweisen, jetzt wird einem der Polizeistaat vorgehalten. Ja, wer hätte noch vor 10 Jahren geglaubt, daß die Schweiz sich so weit verfolge, um die Polizei Hausinspektoren vornehmen zu lassen unter den Arbeiterführern, den **Besitz des Volkes**, deren Namen golden klingen an allen Enden der Welt, wo Schweizer sind! So klagt der Genosse im „Grünländer“ und das Berliner Sozialisten-Organ, „Das Volksblatt“, schreibt dazu: „Eine bittere, aber zutreffende Kritik! Wir haben früher schon wiederholt Gelegenheit genommen, auf vielfache „reaktionäre“ Einrichtungen der Eidgenossenschaft hinzuweisen, die viel „reaktionärer“ sind als die von der Opposition bei uns als solche bekämpften. Die berüchtigte und von den Genossen als verloren bezeichnete Schweizerfreiheit bestand also im Wesentlichen nur darin, daß innerhalb der Grenzen der Eidgenossenschaft ungehindert gewährt werden durfte, daß durch die aus allen Ländern der Welt in diesem „freien“ Lande zusammengeköpften Sozialrevolutionäre ungehindert gegen den Bestand der Nachbarreiche und gegen das Leben von Monarchen und Machtthronen die nichtswürdigsten Anschläge vorbereitet werden konnten. Wenn der Bundesanwaltschaft mit dieser Freiheit anräumt, dann erst wird unser Erachtens die Schweiz als freier und allseitig geachteter Staat dastehen, auch wenn er die „Besitz des Volkes“, deren Namen golden klingen an allen Enden der Welt“ etwas ins Auge faßt und sie nach Legitimationspapieren und nach der Art des Vertriebes, mit dem sie ihren, nicht eben dürftigen, Lebensunterhalt bestreiten, befragt.“

Die „Kreuz-Ztg.“ schreibt: Der **Freiherren- und Militär-Oberparier D. Frommel** ist zum Mitgliede des Konfessionsrats in daselbst bereits eingeführt worden. Diese Berufung dürfte zusammen mit der Verleihung des Charakters als Militär-Oberparier bei der einflussreichen Uebertragung des Militär-Oberparieramts des Garde- und 3. Armeekorps an denselben. Aus demselben Grunde ist der evangelische **Kapitän D. Richter** aus dem Konfessionsrat, welchem er in seiner Eigenschaft als Oberparier angehört, ausgeschieden und bleibt nur Mitglied des evangelischen Oberkirchenraths. D. Frommel bleibt zunächst in seinen bisherigen Ämtern und verwaltet das Militär-Oberparieramt nur nebenamtlich, bis im Reichsetat die Sache etatsmäßig geregelt ist.

Die „Allg. Reichs-Korr.“ meldet aus **Kopenhagen**:

Der Kaiser von Rußland trifft am 7. Oktober in Kiel und am 8. Oktober um 3 Uhr Nachmittags in Berlin ein. Der Hofminister Graf Woronzow-Dolstow ist von Kopenhagen aus telegraphisch angewiesen worden, zur Zeit der Anwesenheit des Zaren sich in Berlin einzustellen. Der russische Hofzug für die Reisen im Auslande (bekanntlich von der Kaiserin Eugenie geleitet) wird am 30. September oder am 1. Oktober von Wirballeen nach Berlin, und der Hofzug für Reisen in Rußland am 1. Oktober von Petersburg nach Wirballeen abgehen.

Die Nachricht, daß der **Zarewitsch** Paris besuchen werde, entbehrt, nach derselben Quelle, der Begründung. Als sicher gilt jedoch, daß der Thronfolger als Vertreter des Zaren zu den Hochzeitseierlichkeiten nach Athen gehen wird.

Es besteht die Absicht, mit der Ausprägung von Nickelmünzen auch im nächsten Etatsjahre fortzufahren, und zwar wird angenommen, daß etwa je eine Million Mark in Zwanzig- und Zehnpfennig- und etwa eine Viertelmillion in Fünfpfennigstücken zur Ausprägung gelangen wird. Die Ausprägung der neuen Zwanzigpfennigstücke aus Nickel bewirkt sich ansehnlich; es wird als ein Vortheil empfunden, daß die kleinen silbernen Zwanzigpfennigstücke aus dem Verkehr allmählich zurückgezogen werden.

Kiel, 28. September. In den letzten Jahren sind bekanntlich die Torpedoboote-Flotten stets aus Schiffsbooten formirt worden. Um nun auch mit den älteren Torpedoboote-Übungen vorzunehmen, wurde von dem Marine-Kommando im Laufe dieses Monats die Anweisung gegeben, von zwei Reserve-Divisionen aus, welche in der Danziger Bucht manövrierte, die andere aus „Sultan“-Booten formirt, die in Kiel in Dienst gestellt wurde. Als die letzte Division vor einigen Tagen nach dem Aufbruch ging, ereignete sich vor Sonderburg ein Unfall. Das eine Torpedoboot ramte mit solcher Wucht gegen ein an der Schiffsbrücke liegendes, mit Frucht beladenes Schiff, daß dasselbe ein bedeutendes Leck erhielt, während das Torpedoboot unbeschädigt blieb. Die Marinemannschaften leisteten sofort Hilfe, brachten das Schiff auf die andere Seite und suchten das Leck nöthigst zu dichten. Die aus 400 Zentnern bestehende Ladung wurde indeß von dem eindringenden Wasser beschädigt. Der Unfall soll dadurch entstanden sein, daß die Maschine des Torpedobootes versagte. Eine Untersuchung ist eingeleitet.

Leipzig, 26. September. Am 3. Oktober, Nachmittags, wird die gesammte **großherzogliche Familie** mit Ihrer Majestät der Kaiserin von Schwaben nach Ludwigslust kommen. Se. königl. Hoheit der **Großherzog** trifft, wie der „D. A.“ mittheilt, gegen Abend des Tages mit Sr. Majestät dem Kaiser von Friedrichsmoor, wo tagsüber gejezt wird, hier ein. Im großherzoglichen Schloß wird das Jagdlinier eingeordnet. Am 4. Oktober, Vormittags, kehren die kaiserlichen Majestäten nach Berlin zurück.

München, 27. September. Die erste Sitzung der **Kammer der Abgeordneten** wird Dienstag, die erste Sitzung der **Kammer der Reichsräthe** Mittwoch stattfinden. Die Abgeordnetenkammer wird in der ersten Sitzung die Wahl des ersten Präsidenten vornehmen und Regierungsvorlagen entgegen nehmen. In der Kammer der Reichsräthe werden die neu ein-

getretenen Reichsräthe: **Kürst Albert von Thurn und Taxis**, General Ritter von **Maillinger**, Gutsbesitzer Dr. jur. **Karl von Lang-Puchoff**, Gutsbesitzer Freiherr von **Vindels und Zutz**, rath **Adolf von Auer** eingeführt und beeidigt werden.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 29. September. Die zahlreichen Erörterungen über die wahren Ursachen des **Niedergangs des Prinzen Vichienstein** haben manche interessante Enthüllung ans Licht gefördert. Wie dem „Tagesboten für Wäner“ geschrieben wird, ist in den Wahlerfolgen der Zingegenden viel weniger als in seiner **Niederlage in der auswärtigen Politik** der wirkliche Anlaß zu diesem parlamentarischen Ereignis zu finden.

Während der letzten Delegationsitzung wollte Prinz Vichienstein die vom Katholikentage zu Gunsten des Papstes beschlossene Resolution zur Sprache bringen, die Polen aber bereiteten die Vichienstein, für einen Antrag auf Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes drei Mitglieder des Herrenhauses, **Helfert**, **Baron Walterskirchen** und **Graf Zetzwitz**, zu gewinnen. In einer Besprechung, an welcher alle geistlichen, politischen und kirchlich-fürstlichen Delegirten theilnahmen, begründete Helfert die Einbringung des Antrages zu Gunsten der Herstellung der weltlichen Macht des Papstes. Graf Zetzwitz unterstützte den Antrag, betont, obwohl er Protestant sei, halte er doch die Anziehung Roms für einen Rechtsbruch. Die Ergeben vertheilten sich diesen Erörterungen gegenüber schwach; ein Pole endlich bezeichnete Helfert's Antrag als unmöglich, denn er enthalte nichts weniger als eine Kriegserklärung an Italien. Die Besprechung wurde hierauf abgebrochen, und erst als die Polen den Ergeben gegenüber erklärten, sich von ihnen und den Feindalen trennen zu müssen, falls die Feindalen auf einer Intervention für die weltliche Macht des Papstes bestünden, kamen letztere zur Besimmung und Helfert's Antrag fiel, noch ehe er im Bundgetuschel eingebracht wurde. Vichienstein, als Urheber des Antrages, soll damals schon sich wenig respektvoll über die Bundesverlässlichkeit der Polen ausgesprochen und angedeutet haben, daß er nicht länger Führer von Truppen sein wolle, welche im Bedarfsfalle ihn im Stiche lassen.

In Prag soll im Jahre 1891 eine Landesausstellung für Böhmen veranstaltet werden. Die Einladung dazu geht von den Ergeben aus. Die Handelskammer zu Reichenberg beschloß nun gestern, die deutschen Gewerbetreibenden von der Theilnehmung abzurathen. Der Grund zu diesem Beschlusse ist in den politischen und nationalen Verhältnissen zu finden.

Wien, 30. September. (B. T.) König **Milan** hat gestern in Karlsbad in einer einem vorigen Redakteur gewidmeten **Unterredung** gesagt, Natalie sei gegen seinen und der Regent'schaft Willen in Belgrad eingetroffen. Nachdem sie seine Vorschläge, welche darin bestanden, Natalie solle jährlich einige Wochen in Belgrad weilen, abgelehnt, werde sie ihren Sohn wahrscheinlich gar nicht (?) sehen. Die Königin sei ehrgeizig und ambitios, sie sei eine politische Persönlichkeit und trachte nach politischem Einfluß; er werde jedoch solchen Hintanhaltungen weichen und vertraue der Regent'schaft; er reise nächstens nach der Schweiz.

Schweiz.

Zürich, 29. September. Gegen den General-Anwalt sind bis zum Schluß-Termin nur 22,100 Stimmen eingegangen; somit findet keine Volksabstimmung statt.

Niederlande.

Der **Rotterdammer Streik** dauert fort und scheint einen größeren Umfang zu gewinnen. Was diesem neuesten Vorstoß der Arbeit gegen das Kapital besonderes Interesse verleiht, ist der Kampf zwischen Sozialisten und Antisozialisten um die Streikführerschaft. In den Niederlanden besitzt der Sozialismus in dem natürlichen Völkern der Bevölkerung ein schwer zu überwindendes Hinderniß. Der niederländische Arbeiter ist ein schwerfälliger, nicht leicht in Bewegung zu bringender Geselle, der durch agitatorische Redensarten allein nicht zu loben ist, sondern vor allen Dingen praktische Erfolge sehen will. Dennoch hat unter der Leitung von **Domela Nieuwenhuis** die sozialrevolutionäre Propaganda in den Niederlanden während der letzten Jahre zwar langsam aber stetig an Boden gewonnen und der jetzige Rotterdammer Streik scheint zu einer Art Generalprobe auf die Leistungsfähigkeit des niederländischen Sozialismus ansetzen zu sein. Der Anblick des Erfolges der Londoner Dekarbeiter, den letztere unter sozialrevolutionärer Führerschaft davontrugen, hat offenbar eine weite Verbreitung in das bisherige Mißtrauen der niederländischen Arbeiter gegenüber den sozialrevolutionären Behauptungen verurtheilt, und die Parteileitung, eingedenk des vom Pariser „Arbeiter“-Kongresse ausgehenden Befehles, überall mit Hochdruck zu agitieren, setzt ihre ganze Kraft an die Eroberung der Rotterdammer Streikführerschaft. Einstweilen haben die Antisozialisten noch das Uebergewicht; eine Versammlung streikender Arbeiter hat in königlichem Sinne demonstriert und die Gegner ohne viele Umstände an die Luft befördert. Aber unter der Hand ist die sozialrevolutionäre Stimmungsmache desto eifriger am Werke; die Verknüpfung der Interessensolidarität zwischen den Arbeitern aller Länder, illustriert durch den siegreichen Ausgang des Londoner Streiks, ist ein zu durchschlagendes Argument, als daß es nicht in ausgiebigster Weise verwendet werden sollte. Noch mehr. Zwischen London und Rotterdam ist ein reger Meinungsaustausch im Werke; ja es heißt, daß einer der Londoner Streikführer, der Sozialist **Benjamin Tillet**, nach Rotterdam abgereist ist, um den Streik recht in Gang zu bringen. Ferner sind vom Londoner Streikkomitee Abtheilungen zuverlässiger Anhänger der demokratischen Sache nach Harwich, Hull und anderen mit Rotterdam in vorzugsweise engem Verkehr stehenden englischen Hafenplätzen entsendet worden mit dem Auftrage, dafür zu sorgen, daß kein englischer Arbeiter sich von den Ideen nach Rotterdam anwerben lasse. Auch mit Geldmitteln will man von London aus den Rotterdammer streikenden Genossen unter die Arme

greifen. Bekanntlich ist die Streikfasse der Dockarbeiter keineswegs gänzlich erschöpft worden, es ist vielmehr ein Restbestand von etwa 7000 Pfund Sterling verblieben, der, wenn nicht ganz, so doch zu einem erheblichen Theile die Streikfasse der Rotterdammer verstärken soll, natürlich nur unter der Bedingung, daß, und in dem Maße wie die Streikbewegung sich unter sozialrevolutionäres Kommando stellt. Die nächste Zukunft wird lehren, ob die Hoffnungen und Berechnungen der sozialrevolutionären Partei bezüglich agitatorischer Ausbeutung des Rotterdammer Streiks in Erfüllung gehen.

Belgien.

Brüssel, 30. September. Vorige Woche starb der frühere Abgeordnete und Bürgermeister von Mecheln, **Burggraf de Kerckhove**. Er war in der liberalen Partei eine Rolle spielte, war er in diplomatischen Diensten. Seine Laufbahn bis dahin war eine höchst merkwürdige. Als belgischer Geschäftsträger bei der Pforte hatte er den Auftrag, für die Errichtung einer osmanischen Gesandtschaft beim hiesigen Hofe zu wirken. Nachdem die Pforte sich dazu verstanden hatte, hielt es einige Zeit schwer, die richtige Person für die Einsetzung der Gesandtschaft zu finden. König Leopold I. fand die Lösung, indem er seinen eigenen Geschäftsträger dringend bat, in den diplomatischen Dienst der Pforte einzutreten. So kam es, daß de Kerckhove als türkischer Geschäftsträger nach Brüssel zurückkehrte. In Konstantinopel war er so gut angekommen, daß von dort aus 1855 seine Ernennung zum Ministerresidenten in Madrid erfolgte. Auf diesem Posten vertrat er mehrere Jahre lang die Interessen der Pforte mit Eifer und Erfolg, und nur mit Mühe gelang es ihm später, die nachgeordnete Entlassung aus dem türkischen Staatsdienst zu erhalten. Seine liberalen Gesinnungen, die ihn hier bei festlichen Gelegenheiten mit dem Fez auf dem Kopf gesehen, brachten ihm einige zeitlang ein gewisses Mißtrauen entgegen, da sie währten, er sei zum Islam übergetreten.

Frankreich, 29. September. Trotz des strömenden Regens, der viele Teilnehmer von der heutigen **Sozialistenkundgebung** zurückhielt, zogen von Wons um 10 Uhr über zehntausend Manifestanten, Abordnungen aus Brüssel, Gand, Lüttich und Charlerois mit Musikcorps und rothen Fahnen über Guesmes, Demappes und Menin nach Frankrich, wo vier Versammlungen abgehalten wurden. Die Abhaltung einer neuen Nationalkundgebung in Brüssel selbst wurde in Aussicht genommen.

Frankreich.

Paris, 29. September. Der „Soleil“ veröffentlicht einen Brief Herzes mit der Erklärung desselben, daß er seine Kandidatur zurückzieht. Daß er dies zu Gunsten des boulangistischen Bewerbers the, spricht er allerdings nicht ausdrücklich und förmlich aus. Herze handelte auf Anordnung des **Grafen von Paris**, mit dem er in England über die Sache beriet. Letzterer hält also an der Unterstützung der **Boulangisten** fest. Uebrigens zieht heute der „Soleil“ gegen die Royalisten los, weil sie sich von den Boulangisten abwenden wollten.

Italien.

Rom, 30. September. Der „Gazzetta Piemontese“ ist berichtet worden, daß die Regierung beschließen habe, die **12 Armeekorps in 4 Korpsverbände** oder „Armeen“ zu gruppieren und den Befehl über dieselben den Generalen **Macchi**, **Planell**, **Cialdini** und **Prinzen Amaboe** anzuvertrauen. Mehrere Blätter wollen nicht glauben, daß eine derartige Absicht bestehen könne, welche sie für ganz unerwartet erklären und beständig bekämpfen. Dies ist schwerlich zu billigen, denn es läßt sich gegen die erwähnte Absicht nichts Einwandliches einwenden. Bei einer Mobilmachung müßten die Armeekorps selbstverständlich in drei oder vier Armeen gruppiert werden, was die Einrichtung von Armeekommandos mit den betreffenden Stäben nöthig machen würde. Im Augenblick der Mobilmachung müßte hierdurch Zeit verloren werden und manche Schwierigkeit entstehen. Offenbar ist es besser, wenn alle Deres-einrichtungen schon im Frieden sich möglichst den Bedingungen anmaßen, die der Kriegszustand verlangt. Man kennt in Italien nicht die deutsche Einrichtung der Arme-Inspektionen, welche die Bildung und das Kommando der Arme-Verbände für den Kriegszustand im Auge haben und vorbereiten. Aufsehnend ist von einer entsprechenden Einrichtung in den jüngsten Beipredungen der Korps-Kommandanten die Rede gewesen und die Nachricht der „Gazzetta Piemontese“ ist hierauf zurückzuführen, welche vielleicht besser einen Zeitpunkt und eine Form gewählt hätte, die minderen Anlaß zu beunruhigenden Auslegungen gegeben hätte. Dem Radikale und Franzosenfreunde sind gegenwärtig beständig auf der Lauer, um gegen die eigene Regierung alles auszubuten, was auf die angeblichen kriegerischen Pläne, die feindselige Haltung gegen die Nachbar-Republik und die kriegerische Anseligkeit hintreiben könnte.

Rom, 30. September. Der **Eisenbahnzusammenstoß bei Arzano** wird in einer neuen hier vorliegenden telegraphischen Meldung dem Umlande zugeschrieben, daß der von Neapel kommende Zug, als er den von Foggia kommenden Zug auf dem Bahnhofs, wo die Kreuzung beider Züge erfolgen sollte, nicht vorfind, seine Fahrt in der Hoffnung fortsetzte, genigende Zeit zu haben, um sich mit dem entgegenkommenden Zuge auf dem nächsten Bahnhofs zu kreuzen. Der Zusammenstoß wurde um 9½ befestigt, weil der von Foggia kommende Zug Verpätung hatte und mit sehr großer Schnelligkeit über einen ziemlich steilen Abhang dahinfuhr. Im Tunnel gestaltete die vollständige Zerstörung den Vorgang zu einem besonders erschreckenden, da die unbeschädigt gebliebenen Reisenden inmitten der Todten und Verwundeten und einer Anzahl am Leben gebliebener Kinder, mit denen die ersten Waggons beider Züge beladen waren, herumtaften mußten, um einen Ausgang zu finden. Die Zahl der Todten wird auf mehr als dreißig angegeben.

Großbritannien und Irland.

London, 28. September. (Böf. Ztg.) Der „Times“ wird aus Konstantinopel gemeldet: Der türkische Ministerrath erwarte die Zustände in **Armenien** und beschloß Verwaltungsreformen einzuführen, die dazu angethan wären, Vertrauen und Ruhe unter der armenischen Bevölkerung zu bringen.

A vertical strip of aged, yellowed paper, likely a page from an old book or document. The paper has a textured, slightly mottled appearance with a central vertical crease and several small, dark spots or foxing marks. The edges are slightly irregular and worn.